

II-5079 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2560 13

1992-03-04

A N F R A G E

der Abgeordneten Motter, Mag. Praxmarer, PETER, Scheibner, Haller
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend Errichtung eines Kindergartens für studierende Eltern
mit Kind an der Wirtschaftsuniversität Wien

Aufgrund einer Reihe von gesellschaftlichen Entwicklungen, die ihren Niederschlag in der Zusammensetzung der Studierenden gefunden hat, gibt es eine ständig steigende Zahl von Studentinnen und Studenten die neben ihrer Ausbildung auch ein Kleinkind zu versorgen haben. Während eine ganze Reihe von österreichischen Universitäten auf diese Herausforderung bereits reagiert haben (Einrichtung von Kindergärten bzw. Krabbelstuben), ist die Wirtschaftsuniversität Wien immer noch ohne Kindergarten. Bei einer Hörerzahl von mehr als 25.000 und einem vergleichsweise hohen Frauenanteil von 50 % besteht aber gerade an dieser Universität erhöhter Handlungsbedarf. In diesem Zusammenhang hat sich an der Wirtschaftsuniversität ein "Überparteiliches Personenkomitee zur Unterstützung studierender Eltern" gebildet und eine ganze Reihe von Forderungen an die zuständige Studentenvertretung formuliert. Da diese Anträge an die einschlägigen Gremien der Österreichischen Hochschülerschaft aber nicht fruchteten (durch Mehrheitsentscheid wurde zuletzt Mitte November 1991 ein Kindergartenprojekt abgelehnt), stellten die engagierten Eltern der ÖH bis zum 1.1.1992 ein Ultimatum. (Der Ansprechpartner für diese Forderungen ist deshalb die ÖH, da im ÖH-Gesetz ausdrücklich soziale Aufgaben verankert sind). Im ÖH-Gesetz ist auch verankert, daß die jeweilige Universitätsverwaltung der ÖH zur Erfüllung dieser Zwecke Räumlichkeiten, sowie die Beheizung und Beleuchtung zur Verfügung stellen muß. Wenn

fpc108/204/anfragen/wfkinderg.mot

keine bundeseignen Räumlichkeiten für diesen Zweck vorhanden ist, müssen sie von Dritten angemietet werden. Konträr zu dieser Rechtslage weigert sich die ÖH, mit dem Argument des Platzmangels ein solches Projekt ins Leben zu rufen, und vertröstet die Eltern auf die Fertigstellung eines geplanten Zubaues für die Wirtschaftsuniversität, der aber erst 1994 bezugsfertig ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

A n f r a g e :

1. Ist Ihnen bekannt wieviele Studierende mit Kind (1. - 6. Lebensjahr) es im Studienjahr 1991/92 an Österreichischen Universitäten gibt, und wieviele davon insbesondere an der Wirtschaftsuniversität Wien?
2. Wieviele Kindergärten bzw. Krabbelstubenplätze stehen für diese Kinder auf universitärem Boden zur Verfügung?
3. Welche dieser Kindergärten bzw. Krabbelstuben werden vom Bundesministerium, den Universitäten im eigenen Wirkungsbereich und der Österreichischen Hochschülerschaft jeweils betrieben?
4. Wer trägt die Raum- und Betriebskosten, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Universitäten und Kunsthochschulen, und welchen Anteil daran hat der Bund?
5. Welchen Verhandlungen zur Errichtung eines Kindergartens an der Wirtschaftsuniversität Wien wurden zwischen ÖH und Bundesministerium bzw. Universität zur Lösung der Raum- und Betriebskostenbedeckung bis jetzt geführt, und welche Ergebnisse gibt es von Seiten des Bundesministeriums für

fpc108/204/anfragen/wfkinderg.mot

Wissenschaft und Forschung?

6. Besteht die Möglichkeit, daß der Kindergarten unter Verzicht auf eine Beteiligung der ÖH von Seiten der Universität im autonomen Wirkungsbereich bzw. der Eltern mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung geführt wird?
7. Ist Ihnen bekannt, welche anderen Projekte im Sozialbereich, für die die ÖH laut Gesetz zuständig wäre, seit ihrem Amtsantritt als Bundesminister nicht realisiert wurden, und welche Aufsichtsbeschwerden hat es in diesem Zusammenhang an Sie als zuständige Aufsichtsbehörde gegeben?
8. Welche anderen Sozialprojekte der ÖH, für die die Universitäten bzw. das Bundesministerium die Raum- und Betriebskosten laut ÖH-Gesetz zu übernehmen hat, wurden seit ihrem Amtsantritt an den einzelnen Universitäten und Kunsthochschulen durchgeführt, und welche Kosten sind dem Bund dadurch entstanden?
9. Welche Aufsichtsbeschwerden hat es generell seit Ihrem Amtsantritt gegenüber ÖH-Funktionsträgern an Sie als zuständige Aufsichtsbehörde gegeben?
10. Wie oft hat die ÖH-Kontrollkommission seit Ihrem Amtsantritt getagt, und mit welchen einzelnen Geschäftsfällen hat sie sich beschäftigt, und zu welchen Ergebnissen ist sie gekommen?
11. Welche Untersuchungen des Rechnungshofes im Zusammenhang mit der Gebarung der ÖH sind zur Zeit im Gange?

fpc108/204/anfragen/wfkinderg.mot